

Ja, wir brauchen Wohnungen. Daher ist ein Bauturbo in aller Munde. Aber wir brauchen dort ebenso Kultur für ein Miteinander - auch, wenn es mal lauter wird. Was nützt der modernste Wohnraum, wenn rundherum jede soziale und kulturelle Dichte vollkommen weggehobelt wird?

Ausgerechnet jetzt kocht das Thema wieder hoch, und der Anlass ist ein verheerendes Signal aus der Politik: Das erst 2026 gestartete Bundesschallschutzprogramm – dotiert mit immerhin drei Millionen Euro aus dem Etat des Bundesbauministeriums – steht im Entwurf für den Haushalt 2027 vor dem Aus. Das ist ein kalkulierter Erstickungstod für viele Kulturräume.

Wie enorm groß der Bedarf an baulichen Dämm- und Schutzmaßnahmen in den Nachbarschaften tatsächlich ist, zeigt die rasche Überzeichnung des Programms: 136 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 16,1 Millionen Euro wurden eingereicht. Die Nachfrage überstieg das Budget um das Fünffache. Dass die Politik trotz dieses dramatischen Hilferufs den Stecker zieht, stößt bei den Spitzenverbänden auf völliges Unverständnis, wie die gemeinsame [Pressemitteilung der LiveMusikKommission, des Bundesverbands der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft \(BDKV\) und des Bundesverbands Soziokultur e.V. vom 02.09.2026](#) unmissverständlich klarstellt.

Dass solche Fördermittel überhaupt über Leben und Tod von Kulturstätten entscheiden, liegt an einem tief sitzenden Paragrafen-Irrsinn im deutschen Recht. Wie schon im [Tiefgang in „Kulturgut oder Kreissäge? Der Paragrafen-Streit um Deutschlands Nachtleben“ \(09.06.2026\)](#) aufgezeigt, verwandelt das deutsche Immissionsschutzrecht die Kunst schlicht in sture Dezibelwerte.

Das maßgebliche Regelwerk, die *TA Lärm* (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm), unterscheidet rechtlich schlichtweg nicht, woher ein Geräusch stammt. Ob der Bass einer Newcomer-Band die Wände zum Schwingen bringt oder nebenan eine industrielle Kreissäge kreischt: Für die Messgeräte gilt Musik pauschal als störender Gewerbelärm. Wenn nun im Zuge der Nachverdichtung neue Wohnblöcke bis auf wenige Meter an gewachsene Musikclubs und Kulturstätten heranrücken – das Phänomen der „herannahenden Wohnbebauung“ –, geraten die Veranstalter*innen fast zwangsläufig ins Hintertreffen. Notwendige Reformen wie die Umstellung auf den Innenschutz von Schlafräumen oder die Anerkennung des Begriffs „Kulturschall“ verharren in den Mühlen der Bürokratie.

Gebrochene Versprechen

Die Streichung der Gelder ist eine schmerzhaft politische Fehlentscheidung. Wer auf Bundesebene mit dem „Bau-Turbo“ eine immer dichtere Bebauung durchboxt, erzeugt die Nutzungskonflikte vor Ort erst selbst. Es gilt das Prinzip: Wer die Rahmenbedingungen für Verdichtung verschärft, muss den Kommunen und Kulturorten auch die finanziellen Werkzeuge an die Hand geben, um diesen Lärmkonflikt baulich zu lösen.

Überdies brechen die Regierungsfaktionen damit ihre eigenen Zusagen aus dem Koalitionsvertrag. Dort war vollmundig von „Kulturschutzgebieten“ und einer verlässlichen Absicherung des Bestands die Rede. Das Bundesschallschutzprogramm war der erste praxistaugliche Schritt, um dieses Versprechen einzulösen. Die Mittel nun noch vor einer ersten Evaluation ersatzlos zu streichen, bringt nicht nur Hamburger Clubs – von der Schanze bis zu den Entwicklungsräumen im Hamburger Süden und in Harburg – in akute Bedrängnis, sondern zeugt von einer gefährlichen Kurzsichtigkeit.

Genau hier liegt das große und grundlegende Dilemma der aktuellen Stadtentwicklungspolitik. Wenn wir Wohnungsbau stur als das reine Aufstellen von Schlafstellenbegreifen und gewachsene Kulturorte dem Lärmschutz-Diktat opfern, züchten wir tote Wohnwüsten von morgen heran. Eine Stadt ist kein Schlaflabor für die Arbeitswoche; sie lebt von der Reibung, der Begegnung, der Kunst und der Energie ihrer Nächte.

Kultur muss von der ersten Idee eines neuen Quartiers an mitgedacht und geschützt werden. Wer lautere Orte der Gemeinschaft als störendes Beiwerk abtut und die nötigen Investitionen in den Schallschutz verweigert, muss sich über spätere Dauerfehden, Anwohnerbeschwerden und verödete Straßenzüge nicht wundern. Ein Bauturbo, der die Kultur an den Rand drängt, baut nicht an der Zukunft unserer Städte – er nimmt ihr den Puls.

[REDACTED]

Bisher fehlen gut 350! Sonst droht es zum Jahreswechsel offline zu gehen!

Bitte unterstütze auch Du das Feuilleton und so auch dein Lesevergnügen!



Related Post



„Zukunftsfähigkeit sichern!“ 75% des Personals ist weg „Abgaben runter – Beste Nachwuchsarbeit aus Harburg Förderung hoch!“

